

## Offener Brief an Herrn Kultusminister Lorz

### Rückkehr zum Regelunterricht

Sehr geehrter Herr Minister,

irritiert und mit Sorge haben wir Schulleiterinnen Offenbacher Grund- und Förderschulen Ihre Information vom 10.06.2020 zur Kenntnis genommen, dass die Schulen ab dem 22. Juni 2020 zum Regelunterricht zurückkehren sollen.

In den vergangenen Wochen haben wir enorm viel Zeit, Energie und pädagogische Kreativität investiert, um die Schulen nach den Vorgaben des Hygieneplans umzugestalten, immer wieder neue Pläne für Präsenzunterricht, Notbetreuung, Reinigung usw. zu verfassen.

Es kostete ebenfalls sehr viel Zeit und Geduld, etlichen Eltern die bis zum Schuljahresende erarbeiteten und kommunizierten Unterrichtspläne nachträglich persönlich zu erklären und auf diese Weise alle Kinder möglichst rechtzeitig in den Unterricht zu bekommen.

Unsere Schülerinnen und Schüler kamen zum erheblichen Teil verändert in die Schule zurück, teils überaktiv, teils lethargisch, verunsichert oder verängstigt. Gerade spielt es sich ein, dass Hygiene- und Abstandsregeln internalisiert werden, die Lernmotivation steigt und so Stoffvermittlung möglich wird. Für uns ist es pädagogisch nicht vertretbar, den Kindern nun vermitteln zu müssen, Abstandsregeln z.B. gälten ab dem 22. Juni nur noch außerhalb des Klassenraumes.

In Ihrem Schreiben vom 10.06.2020 beziehen Sie sich u.a. auf „erste belastbare Erkenntnisse einer umfangreichen Studie aller vier Universitätskliniken in Baden-Württemberg“, dass von Kindern ein eher geringes Infektionsrisiko ausgehe. Am selben Tag informiert SWR AKTUELL, der Sprecher des Wissenschaftsministeriums Baden-Württemberg habe mitgeteilt, zu dieser Studie gebe es „nach wie vor keine endgültigen Ergebnisse“. Das verunsichert die Kolleginnen zu Recht.

Die Risikogruppe ist in jeder Schule unterschiedlich groß. Sie umfasst bis zu einem Drittel des Kollegiums. Grund ist hier in nur wenigen Fällen das Alter, sondern häufig eine Vorerkrankung oder Schwangerschaft, durch die der Einsatz im Präsenzunterricht ausgeschlossen ist. Ergo werden zurzeit etliche Lerngruppen von ihnen nicht vertrauten Lehrkräften unterrichtet, und es entstehen gerade peu á peu die notwendigen lernförderlichen Beziehungen.

Die aktuellen Vorgaben z.B. bezüglich der Beschränkung der Lehrpersonen pro Klasse können mangels Personal an vielen Schulen nicht eingehalten werden. Schulfremde Vertretungskräfte in einer solch sensiblen und fragilen Situation einzusetzen, ist pädagogisch nicht vertretbar. Abgesehen davon stehen diese Vertretungskräfte seit geraumer Zeit kaum noch bzw. nicht im benötigten Umfang

zur Verfügung. Die Annahme, Lehramtsstudenten würden sich per definitionem für diese anspruchsvolle Aufgabe eignen, ist leider nicht realistisch.

Auch bei Ausschöpfung aller vorhandener personeller Ressourcen wird es an etlichen Schulen nicht gelingen, den geforderten Regelunterricht abzudecken, nicht einmal unter Vernachlässigung pädagogischer Kriterien, also bei streng formalistischem Vorgehen. Die Folge wären neue reduzierte Sonderpläne für alle Klassen, nochmalige Verwirrung der Kinder und Eltern und zusätzlich weitere Unruhe im Schulalltag.

Mit Verwunderung mussten wir feststellen, dass der Aspekt die Infektionsgefahr betreffend, der Kinder und Lehrkräfte ausgesetzt werden, keine Erwähnung findet. Präventive Maßnahmen für diese Personengruppe sind scheinbar nicht vorgesehen.

Wir bedauern außerordentlich, sehr geehrter Herr Minister, dass den Kindern und den Lehrkräften für die restlichen Schulwochen die relative Ruhe und Sicherheit, die sich gerade in den Schulen einstellt, durch **Ihre** neuen Anordnungen verwehrt wird! Alle hätten sie nach diesen Wochen permanenten Wechsels dringend nötig!

14 Grundschulleiter\*innen der Stadt Offenbach